

VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

Christian Fejér

Thema:	Lasst sie rein: Ein Plädoyer für offene Grenzen
Veranstalter:	Cato Institute
Art:	Buchvorstellung
Datum:	18. Juni 2008

In seinem provokativen neuen Buch *Let Them in: The Case for Open Borders* plädiert der Journalist **Jason Riley** für mehr legale Immigration in die USA. Das **Cato Institute**, das sich dem Einsatz für Freihandel und Mobilität verschrieben habe, sei daher der richtige Ort für eine Präsentation dieser Thesen, sagte **Dan Griswold**, der Direktor des Zentrums für Handelspolitik am wirtschaftsliberalen **Cato Institute**, zu Beginn der Buchvorstellung. Zwar seien die Probleme der Immigrationspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung etwas zurückgegangen, dem Kongress ständen bei der Reform aber große Aufgaben bevor. Obwohl Fernsehen und Radio von Immigrationskritikern dominiert werden und Reformanläufe in den letzten beiden Jahren im Kongress scheiterten, gab sich Griswold optimistisch, dass 2009 – mit einem neuen Präsidenten und einem neuen Kongress – eine Reform möglich sei. Dafür könnten die Thesen Rileys einen wichtigen Anstoß geben.

Das Argument für offene Grenzen sei die Vorteilhaftigkeit des Marktes, so Riley. Bisher habe die Regierung versucht, das Marktwissen durch zentrale Planung zu ersetzen, was katastrophale Folgen gehabt hätte. Es sei vorzuziehen, die Zuwanderung auch den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu unterstellen, die die optimale Menge bestimmen würden.

Wenn man mehr legale Wege öffne, nehme einerseits die illegale Zuwanderung ab, sagte der Autor. Andererseits würde man dann dem Heimatschutzministerium endlich ermöglichen, sich auf ihre wirkliche Aufgabe, die Ermittlung von potentiellen Terroristen, zu konzentrieren. Eine einfachere legale Zuwanderung mache die USA sicherer.

In den USA seien Konservative grundsätzlich für die Entfaltung von freien Marktkräften. Bei Gütern, Dienstleistungen und auch beim Kapital sei dies der Fall.

Erstaunlicher Weise würden sie beim internationalen Arbeitsmarkt eine Ausnahme machen und sich gegen Immigration einsetzen. Nach Meinung Rileys ist diese Position durch Vorurteile begründet.

Es werde häufig gesagt, dass Einwanderer überproportional viele Verbrechen begehen. Schaut man sich die Statistiken jedoch genauer an, zeigt sich, dass es die Gruppe der jungen Männer mit niedrigem Schulabschluss ist, die besonders häufig straffällig wird. Gerade Einwanderer aus Mexiko und Lateinamerika erfüllen häufig diese Charakteristika, sie begingen aber deutlich weniger Straftaten als der Gruppendurchschnitt.

Ebenso sei es falsch, dass Einwanderer die Sozialsysteme ausbeuten. Seit dem Jahr 1994 seien die Sozialhilfefälle zurückgegangen, die Zahl der Immigranten aber gestiegen. Es bestehe also kein Zusammenhang zwischen Sozialhilfeausgaben und Einwanderung.

Es stimme auch nicht, dass frühere Immigranten sich schneller integriert hätten als Einwanderer aus Lateinamerika und besser für die Aufgaben qualifiziert gewesen wären. Irland sei zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein bäuerlich geprägtes Land gewesen und es schien, als brauche niemand die unausgebildeten Einwanderer in einem Land, das sich in der Industrialisierung befand. Aber das Arbeitsangebot habe sich seine eigene Nachfrage geschaffen, und inzwischen hätten die Nachfahren der irischen Einwanderer eine der höchsten Schulabschlussraten in den USA. Von Einwanderern, die eine niedrigere Lebenserwartung als Sklaven hatten, stamme eine Vielzahl berühmter Ärzte, Anwälte und sogar Präsidenten ab.

Sprachbarrieren seien auch kein neues Problem. Vor 250 Jahren hätte Benjamin Franklin befürchtet, dass die Deutschen in Pennsylvania sich niemals integrieren und die Zahl der englischsprachigen Bevölkerung bald überholen würden – ein bekannt klingendes Vorurteil.

Ließe man nicht mehr Immigranten in das Land, so werde die Wirtschaft der USA nicht zusammenbrechen, sich aber doch schlechter entwickeln als es möglich wäre. Die Grenzen und die Zuwanderer sollten zwar kontrolliert werden. Von Fähigkeiten-Katalogen, die beispielsweise in Australien eingesetzt werden, hält Riley aber wenig,

da die Regierung dann der Wirtschaft vorschreibe, welche Fähigkeiten sie brauche – und Planwirtschaft könne nicht funktionieren.

Michael Barone, einer der führenden politischen Analysten u.a. für **US News & World Report** und Autor des Buches *The New Americans: How the Melting Pot Can Work Again*, stimmte Riley zwar grundsätzlich zu. Seiner Meinung nach sei die Zuwanderung begrenzt worden, weil sich die Eliten gegen Assimilation ausgesprochen haben – Zuwanderer wollten sich aber anpassen. Der gute Wille der Masse besiege hoffentlich die Dummheit der Eliten, so Barone. Dadurch sei in Zukunft mehr Zuwanderung möglich. Er wies aber auch darauf hin, dass Migration nicht nur von der Ökonomie abhängt – es gebe Unterschiede zwischen einem Staatsbürger und einem Mitglied der Wirtschaft. Deswegen sei er zwar für offenere, jedoch gegen offene Grenzen.